

Nahe-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Anstellung 6,00 Mark, vierteljährlich 18,00 Mk., durch die Post 18,00 Mk., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückfragen mit der Zeitungsabteilung, Code-Zeitung gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1416, der Bezugs-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 3 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., 50 mm breite Millimeterzeile 60 Pf., 60 mm breite Millimeterzeile 70 Pf., 70 mm breite Millimeterzeile 80 Pf., 80 mm breite Millimeterzeile 90 Pf., 90 mm breite Millimeterzeile 1,00 Mark. Anzeigen erheben an unserer Geschäftsstellen, sämtliche Anzeigenverträge. Erfüllungsort: Halle. Erhebt täglich 2 mal, Sonntags und Feiertagen 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Dr. Kraußhans, 17. Lebens-Geschäftsstellen: Große Wucherstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 185.

Halle, Mittwoch, den 21. April 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Zur Frage der Einwohnerwehren.

Paris, 20. April. Der Berliner Korrespondent des „Temps“ sagt zu der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten über die Einwohnerwehren: Noch niemals habe ein bayerischer Ministerpräsident klarer gesprochen. Er habe die ganze Bevölkerung hinter sich. Die Bauern- und Bürgergarden zu unterbinden, bedeute in der Tat die sofortige Rückkehr zu räterepublik in München und zur kommunistischen Anarchie, deren sich Bayern mit so viel Mühe bisher zu behaupten vermöge. Die gleichen Erwägungen hätten die russische, die württembergische und die badische Regierung veranlaßt, sich mit Wählern zu verständigen.

Holz als Feldsoldat.

Im „Dresdner Anzeiger“ teilt Referendar Walter Stenck besprechende Erinnerungen an die Tätigkeit des Kommunisten Holz im Felde mit:

Im Gegenatz zu den meisten neuen Berufsständen war Holz im Felde, und zwar als Ulan in einer lässlichen Kavallerieabteilung. Er nahm sich Holz einjähriger, trug Offiziersuniform, -gamaschen und -stiefel und hielt sich einen Wärschen, den er mit 50 Mark monatlich bezahlte. Neben vollstän. Handgriff bezahlte er extra, so daß schließlich 70 Mark durchschnittlich für ihn dienten.

Holz photographierte von früh bis abends, antwortete und ließ in Postkisten die Bilder verschickten, um dann Kautschuk, Holzverbindungen mit seinen Produkten zu überreichen. Er selbst befreite seinen Monatsgewinn weit über tausend Mark. Den aufkommenden Neid der Kameraden, die zum größten Teil Erzgebirger waren, wußte er durch große Freibergeleude gelicht niederzuhalten. Auch littete er der Abteilungstantine eine monatliche Summe, um die erregten Offiziere zu beruhigen. Alle halben Monate fuhr er an die deutsche Grenze, um die nächsten Lebensmittel, die er sich im Felde von Zirk für Kammeraufnahmen geben ließ, nach Deutschland zu schmuggeln. Daß er dabei öfters bis Falkenstein fuhr, war bei seinem geschäftstüchtigen Geist nicht zu verwundern. Als ihm dieses Reiten noch zu wenig war, kaufte er seinen Kameraden, die mit Urlaub gerade daran waren, den besten für tausend Mark ab. In drei Fällen ist ihm auch diese „kameradchaftliche“ Deutweise gegolten.

Im Allgemeinen war er bei den Leuten wegen seines „Ehrgeizes“ beliebt. Seine Tätigkeit nicht beliebt, nur seine höchsten Kameraden schätzten auf ihn, selbst damals, als in einem offiziiellen Kell. Militärangewandte, nebst. äußert wurden, woran Holz nicht unbeteiligt war. Als er unter den Leuten durch sein Wesen und Neben Unzufriedenheit erregte, wurde er als Meldeleiter zur Infanterie abkommandiert, wo er seine photographische Tätigkeit sofort wieder aufnahm.

Die Franzosenherbst.

Frankfurt a. M., 20. April. Ein Schwammmann ist gestern von den Franzosen zu drei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er bei Einzug der belgischen Truppen nicht gegen das Publikum eingedrungen sei, das abfällige Bemerkungen über die Belagerung gemacht habe, und weil er sich selbst an abfälligen Bemerkungen beteiligt habe, was er bestritt.

Die Kapitulation von Mauseburg vor Gericht.

Das Gerichtsverfahren gegen General Journein wegen Uebergabe der Festung Mauseburg hat Montag in Paris begonnen. Man rechnet damit, daß der Prozeß 25 Tage dauern wird. Es sind über 100 Zeugen, darunter auch Marschall Joffre, geladen.

Arbeitspflicht am 1. Mai in Rußland.

Der Adel des Arbeitsgedankens.

Die Sowjetregierung hat, in großem Gegensatz zu den deutschen Sozialisten und Kommunisten beschlossen, das am Weltfeiertag der Arbeiter, am 1. Mai, in Rußland gearbeitet werden soll. Und zwar nicht weniger als sechs Stunden.

Die Gelder für die amerikanische Besatzung.

Die in Kofenz ergehende amerikanische Zeitung „Amarco“ meldet aus Washington, daß der Vorsitzende des Ausschusses für militärische Angelegenheiten im Repräsentantenhaus, Rahn, mitgeteilt habe, es ließe der deutschen Regierung nicht möglich, die Kosten der Verpflegung für die amerikanische Besatzungstruppen an Rhein zu zahlen, so daß den Vereinigten Staaten große Unkosten aus der Besatzung erwüßten. Eine lebhaft. Aussprache darüber habe sich angeschlossen, die zur Verweigerung der geforderten Besatzungsgelder und zur Zurückweisung der Truppen führen könne.

Aus dieser Meldung ist leider nicht zu ersehen, aus welcher Quelle Herr Rahn seine Versicherung geschöpft hat, daß Deutschland die Kosten für die amerikanischen Truppen nicht aufbringen in der Lage sei. Von einer amtlichen deutschen Stelle ist ihm auf keinen Fall eine Unterlage für seine Ausführungen geliefert worden. Wenn Deutschland erstehen müßte, daß es die Kosten für die Besatzungstruppen nicht zu tragen vermöchte, dann könnte es diese Unfähigkeit nicht auf amerikanische Truppen beschränken, sondern würde alle beland. Truppen einschließen.

müssen. Gewiß, die Kosten für die fremden Truppen sind hoch und belaufen uns schwer, besonders in dieser Zeit der bittersten Not. Daß aber nur ausgerechnet die Amerikaner nicht mehr sollen bezahlt werden können, während für alle andern Geld aufgebracht werden kann, ist eine Annahme des Herrn Rahn, für die er keine Gründe erl. wird benennen müssen, bevor man sie ihm giebt. Viel näher liegt es, hinter dem Reklamsatz „Amerikaner zahlen die Verpflegung“ die Schuld der Republikaner zu mitteln, die gern aus dem europäischen Abenteuer heraus möchten, auch mit den Truppen.

Richtlinien für die Staatsanwälte.

Der preussische Justizminister hat folgende Verfügung an die Beamten der Staatsanwaltschaft erlassen: Der Herr Reichsjustizminister hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. d. Mts. folgende Ausführungen über die Verfolgung von Verbrechen gemacht, die in Absicht des nachhergehenden Kampfes gegen die bösen Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten: Auch in soweit wird bei veräußerlicher Prüfung meiner Ueberzeugung noch in der Regel angenommen sein, daß der subjektive Tatbestand, das heißt das Bewußtsein von der Rechtsmässigkeit des Verhaltens keinesfalls vorliegt, selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung feststellen könnte.

Das kommt natürlich ganz besonders auch für diejenigen Leute im Auge zu setzen, die dort lediglich deshalb zu den Waffen gegriffen haben, weil sie der wirklichsten oder vermeintlichen Ueberzeugung waren, gegen kaiserliche Truppen zur Unterstützung der Regierung und für die Verteidigung der Demokratie zu kämpfen.

Gegen alle, die irgend ein gemeines Verbrechen begangen haben, wird unter allen Umständen — das wird auch durch keine Selbstwehr Befreiungen oder Verabredungen inenabw. herührt, bitte lesen Sie nach! — mit der größten Strenge eingeschritten. Das ermahnt ich von allen dazu berechtigten Organen unserer herrlichen Rechtspflege.

Die Beamten der Staatsanwaltschaft erhalte ich, diesen Rechtsstandpunkt in allen in Betracht kommenden Fällen einzunehmen und nachdrücklich zu vertreten. Wenn in einem Verfahren, in dem ein Beschuldigter seine Straflosigkeit auf Grund der dazugehörigen Selbstmässigkeit behauptet, die Staatsanwaltschaft trotz weitestgehender Anwendung jener Rechtsanschauung die Einleitung des Verfahrens oder einen Antrag auf Ueberverfolgung nicht für zulässig erachtet, so ist ersahnd die Einleitung des Verfahrens einzuhalten. Sämtl. auch dieser die Einleitung oder einen Antrag auf Ueberverfolgung nicht für zulässig, so ist an mich zu berichten.

Somit in gerichtlichen Entscheidungen, insbesondere gegenüber Anträgen der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung von Hoffbefehlen oder auf Ueberverfolgung oder in Reichsjustiz gem. § 170 Str. P. O. ein Rechtsstandpunkt eingenommen wird, der von dem oben wiedergegebenen abweicht, so ist alsbald eine Abschrift der Entscheidung einzu-reichen und von zulässigen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen.

Günstiger Stand der englischen Finanzen.

Amsterdam, 20. April. Dem „Telegraaf“ zufolge sagte Chamberlain in seiner Rede nach, die Steuerzahler hätten ihre Pflicht so gut getan, daß die Staatseinnahmen 71 Mill. Pfund Sterl. mehr betragen, als der Voranschlag von vor einem Jahr, und 180 Mill. Pfund Sterl. mehr als der Ober-Voranschlag. Die Ausgaben seien um 145 Mill. Pfund höher als die des Voranschlags, das vorigen Budget, jedoch nur 68 Mill. Pfund höher als die des Ober-Voranschlags. Die Tabaksteuer habe gegen den Voranschlag 14 Mill. Pfund mehr geliefert, was teils auf den größeren Tabakverbrauch durch Arbeiter infolge der Lohnverhöhungen, teils auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß das Rauchen unter den Frauen zugenommen habe. In den Einnahmen seien folgende Erhöhungen im Vergleich zu dem Voranschlag zu verzeichnen: Für die Erbschaftsteuer 7,5 Mill., für die Einkommensteuer 2,5 Mill., für die Stempelabgabe 10,5 Mill., für die Einkommenabgaben 45,5 Mill. Die schwedische Schuld habe im März 1919 betragen 1412 229 000 Pfund, Ende März 1920 1812 205 000 Pfund, d. h. 100 Mill. weniger. Der Reichsh. nicht mehr von Amerika Geld zu leihen, habe das beste Ergebnis für den englischen Kredit gehabt. In Zukunft sollten nur noch Anleihen für Zwecke der schwedischen Schuld aufgenommen werden. Die hohen Einnahmen sollen viel schwerer belastet werden. Verheiratete mit einem Einkommen von nicht mehr als 250 Pfund und Unverheiratete mit nicht mehr als 150 Pfund Einkommen sollen von der Steuer frei bleiben. Ein besonderer Ausblick wird eine Tarifverhöhung für Telegraphenpreise erwägen. Die Steuer für die an der Börse gehandelten Effekten soll verdoppelt werden.

Die internationale Finanzkonferenz.

Paris, 20. April. Nach einer Savas-Meldung aus London können zu der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel die Mitglieder des Völkerbundes je einen Delegierten für Finanz, Waren- und Wirtschaftsfragen entsenden. Der Rat kann auch Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, auszuwählen, eingehende Auskünfte über ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage zu geben.

Allerlei aus San Remo.

Eröffnungskonferenz.

San Remo, 20. April. (Drahtnachricht unseres Sonderberichterstatters.) Trotz der guten Vorbereitung, mit welcher Ritti die Lösung der adriatischen Frage getroffen hatte, sind die Zugelassen unerschlossen. Widerstand zu leisten und den Austausch von Fiume mit Sturati nicht hinzunehmen.

Ein Mitglied der japanischen Delegation, die sich in San Remo befindet, versichert, daß der Fernflug Rom-Tokio ein Symbol der künftigen Allianz zwischen Italien und Japan sei.

Aus der bisherigen Stimmung, die aus hiesigen diplomatischen Kreisen in die Öffentlichkeit dringt, kann man schließen, daß Lloyd George und Ritti entschlossen sind, keinerlei imperialistische Tendenzen Frankreich zu dulden. So wird betont, daß gestern Abend ein sehr heftiger Wortwechsel zwischen Lloyd George und Willeraud wegen der deutschen Frage entstanden ist.

An der heutigen feierlichen Eröffnung der Konferenz nahmen nur Italien, England, Frankreich und Japan teil. In internationalen Kreisen herrscht die Meinung vor, daß der Streit zwischen Paris und London eine endgültige Lösung kaum finden wird. Man wird sich damit begnügen müssen, den Riß zwischen Frankreich und England, der allzu deutlich geworden ist, wieder etwas zu verdecken.

Unter den diplomatischen Gästen, welche den höchsten Anruf an der italienischen Riviera aufgesucht haben, wird besonders der griechische Ministerpräsident Venizelos von der Bevölkerung gefeiert. Die Einwohner von San Remo brachten dem Staatsmann, der in Italien nicht immer die heutige Beliebtheit genoss, gestern eine großartige Empfindungsdemonstration dar.

Der Oberste Rat hat beschlossen, zu den Sitzungen keine Zeitungsvertreter zuzulassen, sondern nur amtliche Mitteilungen über den Verlauf der Beratungen zu veröffentlichen. Dieser Beschluß hat unter den hier weilenden zahlreichen fremden Berichterstattern große Entrüstung hervorgerufen und sie zu einem Protest bei der Konferenz veranlaßt. Man dürfte nicht fest gehen, wenn man in dieser Maßnahme des Obersten Rates den Versuch sieht, eventuelle Reibungen und Zwistigkeiten innerhalb der Konferenz nicht an die breite Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Auch die internationale Kohlenversorgung wird Gegenstand eingehender Beratungen der Staatsmänner werden. Lloyd George hat den englischen Kohlenkommissar, Duncan, nach San Remo gerufen, um sein sachmännliches Urteil über die Möglichkeit einer internationalen Regelung der Kohlenfrage einzuholen.

In der heute stattfindenden ersten Sitzung des Obersten Rates wird bekanntlich die türkische Frage als erster Punkt auf der Tagesordnung stehen. Entgegen der ersten Meldung wird die türkische Delegation, die sich hier aufhält, doch Gelegenheit haben, ihre Einwände gegen die von der Konferenz beschlossene Lösung der türkischen Frage zu machen. Es ist allerdings eine Veränderung in dem bereits getroffenen Beschluß des Obersten Rates herbeizuführen werden, ist mehr als zweifelhaft. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird versichert, daß die hier weilende ungarische Abordnung den Auftrag habe, gegen den ungarischen Friedensvertrag Einspruch zu erheben und ihn abzulehnen. Andererseits heißt es auch, daß die rumänischen Vertreter Einwände gegen die Beschlüsse des Obersten Rates einbringen werden. Aus allem, was man sieht und hört, geht hervor, daß der Beratungsstoff der Konferenz einem herrlichen Fragenzoo gleich.

Wiel besprochen wird nach wie vor die Abwesenheit des amerikanischen Vertreters. In Konferenzkreisen erblickt man in dieser Politik der Vereinigten Staaten das Bestreben, sich gegenüber den Beschlüssen des Obersten Rates freie Hand zu behalten. Dies dürfte namentlich hinsichtlich der Lösung der Kriegfrage der Fall sein, in der Wilson auf der von ihm vorgeschlagenen Lösung besteht.

San Remo, 20. April. Zwischen Ritti und Lloyd George hat eine Besprechung über das militärische Vorgehen Frankreich in Deutschland statt. Ihr Ergebnis wird geheim gehalten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in Triunvirat die Meinungen über die Frage auseinandergehen. Ritti teilt die Auffassung Lloyd Georges zum allgemeinen Wohl der wirtschaftliche Lage Deutschlands wieder herzustellen. Wenn Deutschland den Friedensvertrag von Versailles ablehnt, so wollen England und Italien militärische Maßnahmen ausführen, welche die wirtschaftlichen für ausreichend erachten.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 20. April. 1. Mr. Anfragen.
Auf eine Anfrage Depler (Dn.) wegen der Vollmacht des Reichstages in Breslau, des Tages, an dem die Reichstagsmitglieder anwesend sein werden, ob der Kommissar seine Vollmacht überschritten habe. Überigens ist seine Vollmacht inwieweit erfüllt.

Auf eine Anfrage D. Mann (Dn.) wegen der Heimkehr aus Ostpreußen wird regierungsfreig geantwortet, daß ungewöhnliche Schwierigkeiten und politische Wirren in Ostpreußen die Bemühungen der Regierung bisher durchkreuzt haben. — In den nächsten Tagen wird wieder in Transsylvanien Ostpreußen verlassen. Keine Kosten sind zu zahlen. 150 Millionen sind für die Reise für die Armee auszugeben. Für genügend Schiffraum ist gesorgt. Ein Teil der Gefangenen muß über Smyrna nachkommen.

Auf Anfrage von Grafen (Dn.) wegen Erziehung des Grafen Kaimel wird regierungsfreig geantwortet, daß beschleunigt bei der Begegnung der Patrouillen überhaupt nicht getroffen worden sei. Beträufung der französischen Schindeln sei von der französischen Regierung durch eine Note gefordert worden. Das australische protestantische Material wird von der französischen Regierung übermittelte sein. Weitere Schritte hängen von der Haltung der französischen Regierung ab.

Auf Anfrage Cetzels (Dem.) wegen Botenposten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird regierungsfreig geantwortet, daß neuerdings große Mengen Getreide dem Gebiet zugeführt werden konnten. Die Poststation habe wieder die Höhe erreicht, die sie vor den Unruhen hatte.

Interpellation betreffend die Kreise Eupen und Malmedy,

gestellt von allen Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen.

Herr Dr. Meerfeld (Soz.) befragt die Interpellation. Die Mitglieder machen die beabsichtigte Abstimmung zu einer Frage, die mit unersetzlicher Mühe in Szene gesetzt wird. Die Bahn im Kreise Malmedy wird Belgien beansprucht, wofür Straßburg deutsche Gebiete verloren gehen würden, und somit zugleich die Wasserleitung des Kreises Laufen gefährdet würde. Gegen diesen Rechts- und Vertragsbruch der belgischen Behörden muß die Nationalversammlung und die Regierung einschreiten. Eupen hat nur 7000 wahlfähige Einwohner, Malmedy ist über zwei Drittel deutsch. Auch der größte Teil der Nationen wird gar nicht belgisch werden. Wie rufen das Gewissen der Menschheit gegen die Verletzung der Verträge von Malmedy, in dem nur eine einzige wahlfähige Kamille lebt, ist im Friedensvertrag überhaupt nicht die Rede. Von der Regierung erwarten wir höchste Maßnahmen. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Müller: Wenn es etwas gibt, das über die Köpfe der Parteien hinaus den notwendigen Zusammenhalt aller zu fördern geeignet ist, dann ist es der Kampf auf die schmerzlichen Kämpfe unserer Brüder an der Grenze, die ihnen der Friedensvertrag aufzulegen. Wie diese Bestimmungen können wir dieselben mit dem Rechte, niemals mit dem Herzen anerkennen. Schon weil dabei überall die Frage des Herzens, ob deutsch oder bänisch, ob politisch oder belgisch, überstört wird von wirtschaftlichen Rücksichten. In den Kreisen Eupen und Malmedy ist die Lage äußerst ernst. Die Ereignisse greifen auf die benachbarten Gebiete über. Beide Kreise sind deutsch und wirtschaftlich mit Deutschland verbunden. Eine Schwäche hat es aber nicht gegeben. Auch in Belgien hat man vor dem Waffenstillstand nie an eine Annexion der Kreise gedacht. Das deutsche Sprachgebiet erstreckt sich über die Kreise weit nach Belgien hinein. Die Nationen Malmedys marschieren in der Treue zu Deutschland an der Spitze. Die Belgier wollen die Kreise zu einem belgischen Elfsch-Verbringen steinern. Die Abstimmung kann kaum als eine solche bezeichnet werden. Eupen liegen nur in den beiden Städten Eupen und Malmedy aus. Den für Deutschland stimmenden werden die Behauptungen entgegen. Glemmer hat erklärt, die Abstimmung werde unter peinlichster Rücksichtnahme auf die Freiheit des einzelnen erfolgen. Die deutsche Regierung hat solchen Protest erhoben. Die Mitglieder

An die Parteifreunde im Reiche.

Schneller als angenommen, werden die deutschen Frauen und Männer zur Wahl des ersten Reichstages gerufen. Das Ringen um die Volksgesetze wird ein gewaltiges sein.

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei wendet sich mit seinem Wahlaufbau an alle, die in der nationalen Demokratie den Weg zum Wiedereintritt unserer Volkswirtschaft und zur Wiederherstellung des deutschen Lebens in der Welt erblicken. Eicherlich wird dieser Appell draußen im Lande bei unseren Anhängern und Freunden lauten Wiederhall finden. Aber es gilt, die vielen Stimmigen und Säugigen aufzurütteln; es gilt, die Angriffe von rechts und links auf unsere Partei als die Hüterin reiner demokratischer Gedanken gründlich und zielbewußt abzuwehren. Nur emsige Wahlarbeit kann diese Aufgabe erfüllen.

Hierzu aber ist vor allem Geld erforderlich. Millionen werden die ersten Reichstagswahlen verschlingen. Soll unsere Partei machtvoll im neuen Reichstag vertreten sein, so müssen unsere Parteifreunde, jeder nach seinem Können für die Parteiarbeit ein besonderes Opfer an Geld bringen. Es genügt nicht, im eigenen Wahlkreise die Parteiorganisation zu unterstützen. Die Arbeit im Wahlkreise muß durch eine planmäßige einheitliche Aktion von der Parteileitung, von der Reichsgeschäftsstelle aus getragen werden. Die in der Reichsgeschäftsstelle geleistete Arbeit wird jedem einzelnen Wahlkreise zugute kommen.

Wir wenden uns an unsere Freunde mit der Bitte, uns einen Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle zum Wahlfonds zuzuführen. Sämtliche Klassen der deutschen Partei und der Nationalpartei für Deutschland nehmen Einschlüsse hierfür unter der Bezeichnung „Demokratischer Wahlfonds“ entgegen. Auch können Beiträge unter der Bezeichnung „Demokratischer Wahlfonds“ auf Postkonten 58108, Berlin NW 7, zu Gunsten der Deutschen demokratischen Partei eingeleistet werden.

Lebe, auch die kleinste Gabe im millionen!

Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei.

haben geantwortet unter Hebergehung unserer Belästigungen, der Wählerbund werde die Abstimmung übernehmen. Eine neue deutsche Note vom Dezember blieb ohne Antwort. Eine weitere vom 3. April befragt das belgische Verhalten als Bruch des Friedensvertrages und fordert die Kontrolle der belgischen Behörden durch den Wählerbund. Die Regierung hofft, daß dieser Appell nicht ungehört verhallt. Weitere Maßnahmen befinden sich in Vorbereitung. Auch von dieser Seite aus liegt die Bewahrung der Belagung der Vergewaltigung deutscher Volksgenossen. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht voll bewußt. Es betrachtet es als ihre Ehrenpflicht, für die Vertriebenen mit Entschädigungen einzutreten. Bezüglich des Kreises Malmedy hat die Kommission ihre Befugnisse gründlich und vollständig überprüften. Wir betrachten diese Verbrechen des Vertrags als rechtsunwürdig und sind bereit, diese Frage einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Ich schreibe mit der Versicherung, daß die Regierung alles getan hat und tun wird, um eine gerechte Abstimmung herbeizuführen, um die Grenzfestlegung, wie sie geplant wird, hintanzuhalten. Der Wählerbund wird nicht umhin zu können, die Kreise dahin zu weisen, wohin sie gehören, nach Deutschland. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Ich stelle fest, daß das Haus einstimmig über die Begründung und der Beantwortung der Interpellation beschloß. (Zurück zum Verhandlungsgegenstand.) Hinter der Rede stehen nicht! Aber doch der größte Teil des Hauses. So muß nicht, es würde nur, dies zum Ausdruck zu bringen. Wir sprechen den Brüdern in der Weltarbeit unsere wärmste Sympathie aus. (Beifall.)

länger die Kraft hat. Stil und Stimmung des Werkes konnten schwerlich inulter getroffen werden, als es unter der Leitung Erich Engels gelang, der mit dieser Innenerziehung ein erstrebliches Maß von richtungweisender Begabung zeigte.

Das dreiteilige Schauspiel „Der Verschlagene“ von Wilhelm Schmitz wurde bei der Aufführung im Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg mit sehr herzlichem Beifall aufgenommen. Das neue Werk trägt manche Zeichen des Expressionismus, zeigt im Aufbau und in der Problemstellung psychologische Färbung. Es bringt das Schicksal eines geliebenden Wahrheitsuchers, der aus der Qual des Wissenwollens zuletzt zur Ruhe des Glaubens kommt. Schmitz hat den unersetzlichen Schmerz der Nüchternheit ungeschickt selbst gefühlt, den Schmerz, hinter dem kein Wissen stehen kann, sondern nur das Gertrauen. In zwei Akten wird eine geschlossene, einheitliche Handlung entwickelt, die zu einer atemberaubenden Szene großen Stiles ansetzt; der dritte Akt, der die Lösung bringt, daß nämlich der Verstand früher, als er noch lebend war, totenblind geworden ist, zeigt nicht die gleiche klare Linie. Die Aufführung unter W. G. war eine prächtige Regieleistung dieses jungen Künstlers und erliefte den Stil, in dem das Schauspiel dargestellt sein will.

Die Aufführung des Dramas „Opfer“ von Hans Krause im Stadttheater in Heilbronn erzielte einen vollen Erfolg bei dem empfindlichen Publikum. In diesem Drama trägt der Gedanke der Aufsehensüberwindung einen tragischen erhabenen Charakter aus dem in die Gegenwart veralteter Lebensbegriffe eingetretenen Menschentum. Der junge Sebald, dem aus der Hinfälligkeit der Schichten die Wohlthat der Menschlichkeit geworden ist, wird dem freigelegten Herzen das Evangelium bringen; aber in der Nacht vor dem „Morgen“ gibt er sich irdischer Liebe hin, und an den Worten des Unreinen entzündet sich nur die Fabel des Diktors Widerspruch. Als Sebald nach seiner Läuterung aus der Wüste wieder zu den von dem Geiste der Revolution gezeichneten Wäldern zurückkehrt, wird er von dem rohen, bestialischen Gaudy erlöset. Er ist in erster Linie Diktator, in dessen bitterer Sprache ein hinreichender Theismus schwingt.

Die Interpellation betreffend den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen wird am morgen verlegt.

Erste Beratung eines Gesetzes über die Befreiung der Gebäude des Reichstages und der Landtage.
Herr Koenen (U. S.): Meine Partei verweist dieses Gesetz.

Reichsminister Mund tritt für das Gesetz ein.
Herr Krüger (Soz.): Das Parlament muß geschützt werden gegen die Gewalttakte der Massen.

Das Gesetz wird auch in zweiter Lesung erörtert.
Zweite Beratung eines Gesetzes betreffend Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern.
Der Gesetzentwurf wird ohne erhebliche Debatte angenommen.

Erste Beratung eines Gesetzes betreffend Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen

in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betreffend die Postgebühren und das bayerische und württembergische Postregulativ.

Reichspostminister Giesberts: Die Verhältnisse haben sich so gestaltet und so unglücklich entwickelt, daß die letzte Rechnung der Postämter für 1920 ein Defizit von 380 Millionen veranschlagt. Ich erwarte von der Arbeitsfähigkeit unseres Volkes immer noch eine Besserung der Verhältnisse und ein Steigen der Valuta. Zugunsten aber haben die Forderungen der Eisenbahner ihre Rückwirkung auf die Reichspostverwaltung geübt. Werden diese Forderungen bewilligt, so müßte das Defizit auf 1450 Millionen. Die Übernahme der bayerischen und württembergischen Posten ist ohne größere Schwierigkeiten bewerkstelligt worden. Die Posten bedürfen einer mehrbelagten untere Wirtschaftslage, aber diese ist nötig. Die Gebote werden an den Haushaltsausfluß verweisen, mit Ausnahme desjenigen über das bayerische und württembergische Regal, das an den 26. August geht.

Morgen 1 Uhr: Interpellation betreffend Durchgangsverkehr nach Ostpreußen und anderes.
Schluß 5 Uhr.

Berlin, 20. April. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm heute einstimmig die Reichstagsmajorität und ebenso den Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten an. Der Gesetzentwurf über den Volksentscheid und die Vorlage über die Staatsgerichtsbarkeit sollen nach übereinstimmender Auffassung des Ausschusses dem neuen Reichstage zur Erörterung vorbehalten bleiben. Die zweite Lesung der Wahlvorlage und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten findet in der Nationalversammlung am Donnerstag statt.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 20. April. 192. Sitzung. 2. Uhr.
Präsident Seiner eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die oberirdischen Abgedrungen von dem internationalen Austausch verhindert wurden, an den Verhandlungen teilzunehmen. (Stört, lacht!) Gegen diese Veranlassung, die dem Friedensvertrag widerspricht, muß Bewahrung eingelegt werden. (Beifall.) In Eupen, Malmedy und Wonschau werden die Bewohner von der belgischen Regierung systematisch gequält, an dem ihnen nach dem Friedensvertrag zufließenden Recht, durch ihre Willensentscheidung die Zugehörigkeit des Gebietes zum Deutschen Reich zu erklären, ist ein Protestrecht angedroht. Das Landesparlament prüft die Beweiserhebung über die Sympathie, was deutsch ist, muß deutsch bleiben. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung stehen Anfragen. In ihrer Antwort erklärt die Regierung unter anderem, daß die Mittel und Kanalarvorlage so schnell wie möglich eingeleitet werden wird, daß eine Amtsenkung und der Anpreisung des Randrats von Göttingen-Waldburg nicht entgegenstehe, und daß eine verstärkte Kostenberechnung der Niederschlag in Aussicht steht. Eine Anfrage betrifft die ungeordneten Einquartierungsstellen des belgischen Gebietes. Die Regierung ist bemüht, eine Verminderung dieser Anforderungen durchzuführen. Anerkannte Saatkartoffeln sollen

„Im Düsseldorf Schauspielhaus am „Die Liebe Gottes“ von Hermann Böttcher in einer Angenehmung des Dichters zur Aufführung, wurde aber nur mit der Achtung aufgenommen, die der Zuhörer vor dem Ernst des Dichters empfindet, auch wenn er dem Dichter nicht zu folgen vermag. Das Werk lebt von der Schärfe des menschlichen Verstandes, es wird jedoch unvollständig und zu wenig gefaltet. Verflachten und behauptet ist die Handlung mit vielgestaltiger dunstiger Symbolik; der Held, der eine unglückliche Doronkente“ trägt, soll ein Symbol unseres Vaterlandes sein, man erzählt aber nicht, wie der Dichter sich dieses bedacht hat. Dramatisch starke Anläufe werden von verschwindender Mühsal erfüllt.

„Die Frau Rath“, eine Komödie von Dr. Paul Wertheimer, dem Kritiker der „Neuen Freien Presse“, errang bei der Aufführung im Wiener Stadttheater einen großen Erfolg. Es ist eine liebenswerte, graziöse, intime Mittelstückchen aus Goethes Mutterhaus. Christiane Walpurgis kommt aus Weimar nach Frankfurt und erobert hier nach etlichen Bräutinnen das Herz der alten Frau Rath. Das ist der ganze Inhalt der treuerhischen Komödie. Wertheimer ist nicht zum Dramatiker geboren, sein Werk ist die vornehmste Arbeit eines weicherhischen, lüthigen Poeten. Die Hauptrolle wurde von Frau Hansi Reize, die hier Gelegenheits hatte, die besten Linien einer urwichtigen Gestalt zu geben, ausgezeichnet gespielt.

„Amor auf Reisen“ — eine Operettenaufführung „Im Tal der Theate“ in Berlin. Das Bilde hat Dr. Robert Ders an dem oft geübten Namen des thal-robusturigen Lustspiel „Der kleine Vagabund“ zu recht gemacht, und die Musik hat Walter M. Goetz zum größten Teil stillfälligeren Korridoren ungehört nachgemacht. Er ludt diesen Held, da er eine zarte, empfindsame Natur aus, der eigentlich Vollständigkeit, Rollenüberhartes — und nicht Operettentanz — am besten liegt. Der Erfolg der Operette war entschieden, als Amor — ein etwa fünfjähriger Kind — den verhängnisvollen Ehegatten mit Rosenkranz in des Schicksalsarm seiner Gattin führt und dann mit einem Operettenchor aus dem Stütz aus die Folgen seiner menschenfreundlichen Tat verleiht.

Aufführungen im Reiche.

Im Bernhard-Rolle-Theater in Berlin erlebte das Volkstück „Das Lied der Liebe“ des Hamburger Kapellmeisters und Komponisten Bismarck-Rollenbacht die wohlgelegene Aufführung.

„Fuchs Diebstahl“, eine Märchenoper in einem Vorspiel und drei Bildern von Rudolf Lohar, Musik von Hugo Reiff, wurde aus Zürich, gelangte im Landestheater zu Koblenz zur Aufführung, die trotz vielen Schwächen reichen Beifall fand. Nachher, der Abreise für die Oper „Tiefenland“, hat das Märchen von der Prinzessin, die das Dämon verlorst hat, auf die des schelmischen Korbals Fuchs mit der Elfenkönigin Titania eingeleitet. Aber weder in bildlicher noch in musikalischer Hinsicht reicht die Oper an Gumpertins und Wigners Märchenoper heran.

„Liebeslust“, Lustspiel in 3 Akten von Billi Kaufmann, dem Direktor des Deutschen Theaters in Hannover, der bereits als Verfasser des bekannten Operettenromans „Budenjauber“ einen Namen hat, hatte bei dem Verfasser geleiteten Bühne sehr großen Erfolg. „Liebeslust“ ist ein feines, vornehm, langes Charakterstück, das nur gebiegene Mittel anwendet. Der Stoff ist nicht neu: Es handelt sich um die Erhaltung der Liebe zwischen dem Ehepaar, das 7 Jahre verheiratet ist und das nun, durch den Ehebruch eines Freundes und seiner Frau aufgestellt wieder in die richtigen Bahnen gelenkt wird.

In den Hamburger Kammerpielen sah man die Paul Kornfeld'sche Tragödie „Verführung“. Dieses Werk ist die geliebteste Einladung heißen Jugendüberwanges, eine lüthig berechtigte, vielschichtig von Venus Kraft, Schopenhauer, Dostojewski und Leonid Andrejew bewanderte Arbeit, unantant von expressionistischem Willen, von expressionistischer Begabung der Anschaulichkeit. Deren Wertheischen Weltanschauung liegt der Dichter in die Gestalt in seiner realen Existenz mehr als tragwürdigen Helben „Bitterkeit“, so überrollt, daß er das Leben zu ertragen nicht

